

Pulsnitzer Tageblatt

Kreisprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besizer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beitzzeitung (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Littmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Juh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 16

Donnerstag, den 19. Januar 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Öffentliche Mahnung

Vorauszahlungen auf Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Abschlußzahlungen

Am 10. 1. 1928 waren fällig:

- 1) Die auf das 4. Kalendervierteljahr 1927 entfallenden Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer;
- 2) die Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen nach Maßgabe des zugestellten Steuerbescheides in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer-schuld von den Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen außer solchen mit hauptsächlichem Einkommen aus der Bodenbewirtschaftung;
- 3) Sämtliche seit der letzten öffentlichen Mahnung fällig gewordenen Abschlußzahlungen

Auf Grund von § 314 der Reichsabgabenordnung wird hiermit öffentlich an die vorstehenden Zahlungen erinnert. Weitere Mahnung, insbesondere Einzelmahnung, findet nicht statt. Falls die angemahnten Beträge nicht innerhalb einer Woche (bei Abschlußzahlungen zusätzlich etwa verwickelter Verzugszinsen) entrichtet sind, werden sie, soweit es sich um Beträge von mehr als 1.000.— RM handelt, ohne weiteres durch Zwangsvollstreckung betrieblen. Beträge bis einschl. 1.000.— RM werden unter Annahme des Einverständnisses der Schuldner auf ihre Kosten durch Postnachnahme eingezogen und bei Nichteinlösung derselben im Verwaltungswege unter Aufhebung der Zwangsvollstreckungskosten betrieblen werden

Finanzamt Ramenz, am 16. 1. 1928

Ziegenzüchter

Die Deckumlage für 1927 beträgt 1.80 RM für jede am 1. 12. 1927 vorhanden gewesene zuchtfähige Ziege. Einhebung erfolgt in den nächsten Tagen.
Pulsnitz, am 19. Januar 1928
Der Stadtrat.

Nachrechnung

Die diesjährige Nachrechnung der im Stadtbezirke Pulsnitz im öffentlichen Verkehr Verwendung findenden Maße, Gewichte, Waagen und sonstigen Meßwerkzeuge findet

- am 23. Januar von nachmittags 1—6 Uhr
 - am 24., 25., 26. Januar von vormittags 8—12 Uhr u. nachmittags von 1—6 Uhr
 - am 27. Januar von 8—2 Uhr
 - am 30. Januar von 1—6 Uhr nachmittags
 - am 31. Januar von vormittags 8—12 Uhr
- und der Meßgeräte, die am Gebrauchsorte in nicht oder nur schwer lösbare Weise besetzt sind oder deren Herbeschaffung zur Nachrechnungswelle wegen ihrer Größe und sonstigen Beschaffenheit mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist,
- am 31. Januar von 8—12 Uhr vormittags und von 1—5 Uhr nachmittags
 - am 1. Februar von 8—1/11 Uhr

Als Nachrechnungsort ist der Fremdenhof „Grauer Wolf“ Markt 4, bestimmt worden. Jeder, der einschlägige Längenmaße, Flüssigkeitsmaße, Hohlmaße und Meßwerkzeuge für trockene Gegenstände, Gewichte und Waagen, Waagebalken und Waagschalen, mit Ausnahme nachverzeichneter Gegenstände, im öffentlichen Verkehr verwendet, hat sie in der für die Nachrechnung festgesetzten Zeit dem Eichbeamten in dem vorstehend genannten Lokal vorzulegen. Die näheren Bestimmungen hierüber sind in der Polizeikanzlei — Zimmer 4 — wie auch im Aushängekasten der Hausflur des Rathauses und im Nachrechnungsorte zu erfahren. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 150.— RM oder mit Haft bestraft. Neben der Strafe ist auf die Unbrauchbarmachung oder die Einziehung der vorstehenden Maße und Geräte zu erkennen, auch kann deren Vernichtung ausgesprochen werden.
Pulsnitz, am 18. Januar, 1928.
Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Die Länderkonferenz ist am Mittwoch beendet worden. Reichsfinanzminister Dr. Koller sprach zum Kriegsschadenschuldschutzgesetz. Western feierte das norwegische Meer den 70. Jahrestag seines Bestehens als nationale Truppe. Das Wasserflugzeug Sir Alan Cobham ist nach Berichten aus Malta im ganzen überholt worden und ummehrer wieder startbereit. Cobham beabsichtigt gestern seinen Flug rund um Afrika fortzusetzen und zunächst nach Bengasi zu fliegen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

(Bühnenturnen in Großröhrsdorf.) Am Sonntag, den 22. Januar, veranstaltet der 4. Bezirk im M. S.-Turngau (D. T.) ein öffentliches Bühnenturnen im Mittelgasthof Großröhrsdorf. Wir erinnern uns noch gern der schönen Vorstellungen vor etwa Jahresfrist im Gasthof Pulsnitz M. S. Und wenn der bei uns heimische Bezirk jetzt wiederum mit seinem Können an die Öffentlichkeit tritt, so mag dies wohl der schönste Dank an seinen unvergeßlichen, großen Führer Max Schwarze sein, in seinem Sinne weiter zu arbeiten, Werbearbeit zu leisten für unsere Volksgesundheit. „Wer die D. T. verstehen will, muß sie bei der Arbeit suchen“, sagte Schwarze. Darum auch an dieser Stelle die gute Empfehlung, die Veranstaltung mit einem Besuche zu unterstützen und damit die Ziele der D. T. Ein bunter turnerischer Reigen verspricht dieses Bühnenturnen zu werden, sind doch Frei-, Stab-, Langstab- und Keulenübungen vertreten, Bock, Pferd, Barren und Reck fehlen natürlich nicht. Gesellschaftliches Beisammensein nach dem Turnen wird die Zeit bis zum letzten Zuge verkürzen. — „Gut Heil“ zu gutem Gelingen!

— Das Plakat für das 14. Deutsche Turnfest in Köln wird in den nächsten Tagen vom Hauptauschuß herausgegeben werden. Es zeigt einen schlanken, kräftig gewachsenen Turner beim Hüften der deutschen Turnerschafts- und der Kölner Fahnen. Der wettergebräunte Turnersmann hebt sich von einem tiefblauen Hintergrund, aus dem der weltbekannte Kölner Dom als Wahrzeichen der Feststadt in den blauen Himmel ragt, durch die leuchtenden Farben des Turnanzuges wirkungsvoll ab. Die untere Bildgrenze zeigt Deutschlands Strom, vor dem, wie ihn schützend, der Turner steht. Der Entwurf stammt von der Werbearbeitung der Deutschen Turnerschaft. Das Plakat ist in mehreren Farben gehalten und wird dadurch seine Werbekraft nicht verlieren.

Dhorn. (Volksbücherei.) Auch im Jahre 1927 hat sich unsere Volksbücherei dank der Zuwendungen der Gemeinde, durch private Zuwendung und durch Ertrag des Lesegelbes erfreulich aufwärts entwickeln können. Sie zählt

Der Parlamentskampf beginnt

Der Etat vor dem Reichstagsplenum — Rege Tätigkeit in den Fraktionsitzungen

Der Anleihebedarf deutscher Städte — Die Berliner Presse zum Abschluß der Länderkonferenz

Der Reichstag hat mit der ersten Lesung des Etats für 1928 seine Beratungen wieder aufgenommen. Die politischen Ereignisse während der Weihnachtsferien haben gleich in der ersten Sitzung des Reichstagsplenums zu einer großen Aussprache über die innen- und außenpolitische Lage geführt. Neben aller Parteien kamen zu Worte.

Mit der Wiederaufnahme der Plenarsitzungen sind auch die ständigen Fraktionsitzungen der Parteien zum neuen Leben erwacht. Es steht immer noch die Einigung über das Reichsschuldschutzgesetz aus. Die Fraktionen der Regierungsparteien haben neue Verhandlungen über das Gesetz aufgenommen, und zwar berät man über den Antrag der Deutschen Nationalen und der Volkspartei, indem u. a. gefordert wird, daß die Regelung der Einkünfte in den Religionsunterricht in den Ländern nach den bestehenden Veränderungen geändert wird, wo solche Vereinbarungen zwischen Reich und Ländern getroffen sind.

Die Verhandlungen der Regierungsparteien werden naturgemäß durch die Unstimmigkeiten im Zentrum erschwert. Ehe nicht die inneren Schwierigkeiten des Zentrums in den Beratungen des Fraktionsvorstandes des Zentrums, in denen der Gegenstand Stegerwald, Imbusch, von Guérard—Marx zur Debatte steht, behoben sind, wird an eine gedeihliche Arbeit der Regierungskoalition nicht zu denken sein.

Der Anleihebedarf deutscher Städte

Die Beratungsstelle für Auslandscredite beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Ergebnis der Umfrage, die bei den deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl über 80.000 veranstaltet worden ist. Die Umfrage, die sich auf den Zuschußbedarf aus Steuern, Betriebsüberschüssen und auf den Schuldenstand und Anleihebedarf erstreckt, ist von 56 Städten beantwortet worden. 3 Städte haben mangels eines Anleihebedürfnisses keine Antwort erteilt. Ferner sind auch die drei Hanfsstädte an der Umfrage nicht beteiligt. Die kurzfristige Verschuldung ohne Berücksichtigung vorübergehender Betriebscredite, die aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, wird von den in Frage kommenden Städten auf 524,7 Millionen Reichsmark angegeben. Die Darlehen lauten fast ausschließlich auf Reichsmark. Die Antworten geben auch einen Überblick über die nach Meinung der Städte für Neuanlagen erforderlichen Investitionen. Die Beratungsstelle wird in eine Vorprüfung eintreten, um einen Anhalt dafür zu gewinnen, welche Beträge für die Beschaffung am Auslandsmarkt vorgesehen werden müssen.

Ausklang der Länderkonferenz.

„Sparmaßnahmsmaßnahmen in Reich und Ländern“

Ein sehr eingehendes Hauptreferat erstattete Dr. Höppler-Aschoff. Der preussische Finanzminister wandte sich dagegen, daß in Deutschland der größte Teil der Staatsausgaben auch ohne Bewilligung des Parlamentes mög-

lich sei. Er verwies auf England, wo Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden dürften. Eine solche Bestimmung hält er auch in Reich und Ländern für wünschenswert. Zugleich sei eine Stärkung der Rechte des Landesfinanzministers notwendig. Im Mittelpunkt der

Debatte über die Verwaltungsreform

stand das Referat des sächsischen Innenministers Dr. Apelet. Der Redner stellte den Gedanken in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, daß in möglichst weitem Umfang eine Dezentralisierung der Verwaltung stattfinden müsse. Staatliche Aufgaben müßten auf Gemeinden und Gemeindeverbände übertragen werden, während der Staat nur das Beaufschlagungsrecht behalten dürfe. Der Redner trat unter anderem dafür ein, daß gewisse Mittelinstanzen im staatlichen Behördenaufbau beseitigt werden könnten. Insbesondere leide man allgemein an einem allzu gehenden Ausbau des Rechtschutzes.

Die Berliner Presse zum Abschluß der Länderkonferenz

Die Berliner Morgenblätter bezeichnen im allgemeinen, soweit sie schon zu dem Ergebnis der Länderkonferenz Stellung nahmen, den Ausgang dieser Konferenz ohne Unterschied der Parteirichtung als mager.

Die „Tägliche Rundschau“ sagt, die auf der Länderkonferenz angenommene Entscheidung sei in der grundlegenden Feststellung ein Kompromiß von einer sehr begrenzten Bedeutung.

In der „Kreuzzeitung“ wird erklärt, es sei vorauszusetzen gewesen, daß die Länderkonferenz in der Kardinalfrage der Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung zu keinem praktischen Ergebnis kommen würde. Daß die Konferenz sich aber auch in den atmen Fragen der Verwaltungsreform und der Entlastung mit der Einigung von „Ausschüssen“ begnügen mußte, zeige doch, wie stark die Meinungsverschiedenheiten über den Aufbau und die Neuordnung des Reiches noch seien.

Die „Berliner Börsenzeitung“ meint, es sei Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß die Verfassung von Weimar an der wichtigsten Stelle ihres Unterbaues, im Verhältnis zwischen Reich und Ländern, schon heute sich als brüchig erweise. Es sei festzustellen, daß die Länderkonferenz in wohlwollen Grenzen positives geleistet und erwünschte Klärung gebracht habe.

Der Verlauf der Tagung, so schreibt die „Germania“, habe gezeigt, daß in den Auffassungen über das große Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern eine Klüft bestehe, die auf diesem Wege sobald nicht ausgefüllt werden könne. Nur eine Einigkeit habe festgesetzt werden können: Das nämlich der bisherige Zustand auf die Dauer unhaltbar sei. Eine Enttäuschung sei es, daß Herr Bazille darauf nicht weiterweisende Gedanken ernstlich zur Förderung stellen konnte. Die Ausschüsse könnten immerhin noch eine Chance bieten, wenn sie mit Tatkraft und Wagemut wirkliche Arbeit leisteten. Die Lösung des größten innerdeutschen Problems läge in der Tat nur gefunden werden auf dem breiten Grund einer allgemeinen Volksüberzeugung.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem unrichtigen Ende

